



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre**

**Siebert, Benno von**

**Berlin [u.a.], 1925**

Fünfzehntes Kapitel. Die Londoner Botschafterkonferenz: November bis  
Dezember 1912

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

## Fünfzehntes Kapitel.

### Die Londoner Botschafterkonferenz 1912.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. — Nr. 332.

Persönlich. Nicolson ist ziemlich skeptisch hinsichtlich der Aufnahme, die der Poincarésche Vorschlag bezüglich eines serbischen Hafens an der Adria in Deutschland und Österreich finden wird. Er glaubt, daß Österreich entschlossen ist, sich nicht dem Zugange Serbiens zum Mittelmeere, wohl aber einer territorialen Erwerbung zu widersetzen. Er glaubt, daß der Ausdruck „neutraler Hafen“ näher bestimmt werden muß. Er glaubt auch, daß viel von der Zusammenkunft des Erzherzogs mit Kaiser Wilhelm abhängen wird. Die Reise Schemuas nach Berlin macht auf ihn Eindruck, ebenso Nachrichten über eine russische Mobilisation, die aus der Wiener Reichspost geschöpft sind. Man fürchtet hier, daß die von uns getroffenen militärischen Maßnahmen größeren Umfang als die österreichischen haben. Man gibt zu, daß dies nötig sein kann. Aber dieser Eindruck ist bedauerlich, wie ich Ihnen in meinem letzten Brief berichtete. Wenn, wie ich glaube, die Haltung Englands hauptsächlich von der Handlungsweise Deutschlands abhängen wird, so urteilt man über die Politik Österreichs in dieser Krise nicht so streng wie bei uns. Man vergleicht, was man über seine jetzigen Forderungen weiß, mit seinen Plänen vor dem Kriege. Die Folgerung fällt zugunsten Österreichs aus. Man findet auch, daß Serbien zu viel von der Unterstützung der Mächte verlangt, die ihrer Sympathie mit diesem Lande Ausdruck verliehen haben. Ich teile dies alles zu Ihrer Information mit.

Stebert, Diplomatische Aktenstücke.



**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. November 1912. — Nr. 333.**

Aus meinen während der letzten Tage gemachten Beobachtungen ergibt sich, daß Österreich kein territoriales Zugeständnis zugunsten Serbiens in Albanien machen wird. Ich glaube, daß das äußerst Erreichbare ein neutraler Hafen auf dem Territorium eines autonomen Albaniens sein würde. Welches immer die Stellungnahme Frankreichs sein mag, welche durch unsern Bündnisvertrag bedingt wird, so glaube ich, daß, wenn wir Serbien noch weiter gehende Unterstützung zuteil werden lassen, wir die moralische Unterstützung nicht nur Englands, sondern auch Frankreichs verlieren würden. Wenn ich mich nicht irre, so will mir scheinen, daß die öffentliche Meinung in Rußland sich vor allem von dem Gedanken einer Revanche für 1909 leiten läßt; ich selbst hege dies Gefühl zu sehr, als daß es mir erlaubt wäre, ein derartiges Gefühl in Rußland abfällig zu beurteilen. Aber es scheint mir auch, daß wir diese Revanche schon in weitgehendem Maße erreicht haben, und zwar dank der Politik des Kaisers, dessen berufener Vertreter Sie sind. Nicht die Befürchtung eines Konfliktes mit den Balkan-Alliierten und ihren Armeen hält Österreich im jetzigen Zeitpunkte zurück. Rußland allein und die Stellung, die es einnimmt, haben Österreich veranlaßt, auf sein Programm, wie es nach 1909 bestand, zu verzichten: auf jede territoriale Ausdehnung, auf den Sandschak und auf Saloniki; auch ist Österreich gleichzeitig veranlaßt worden, der Aufteilung des Balkans zwischen den Alliierten und der Schaffung eines albanischen Staates unter dem Protektorate aller Mächte zuzustimmen. Es ist mir wenigstens nicht bewußt, daß Österreich gegen einen solchen Gedanken Einspruch erhoben hat. Im Grunde genommen bedeutet dies einen völligen Umschwung der österreichischen Politik. Außerdem hat, dank der weisen und uneigennütigen Politik Rußlands, die ganze Balkanfrage eine unerhoffte Lösung gefunden, ohne daß es zu einem europäischen Kriege gekommen wäre. Ich glaube, daß, wenn die russische öffentliche Meinung eines Tages die Dinge in diesem Lichte erblicken wird, keine einzige Epoche der neueren Geschichte Rußlands ruhme



voller erscheinen wird. Unsere weise und uneigennütige Politik hat uns die Unterstützung Frankreichs und Englands und im Anfang auch Italiens gewonnen. Dieses Resultat in Frage zu stellen, und zwar wegen einer sekundären Erwägung, die mehr den Ehrgeiz als das berechnete Interesse Serbiens betrifft, bedeutet meiner Ansicht nach, den bis jetzt so erfolgreich betretenen Weg zu verlassen. Und wir würden vielleicht auf diese Weise unserem Gegner eine günstige Gelegenheit zum Angriff bieten, wenn sich die internationale Situation durch eine letzte Forderung unsererseits, deren absolute Notwendigkeit wir nicht beweisen können, zu unsern Ungunsten verändert haben wird.

Ich bitte Sie, die Offenheit dieses Telegramms zu entschuldigen. Was ich Ihnen sage, ist das Resultat der Beobachtungen, die ich hier jeden Tag machen kann. Ich glaube, daß eines Tages die öffentliche Meinung in Rußland sich zu den erzielten Resultaten wird beglückwünschen müssen, und zwar sind diese Resultate ohne Krieg, nur infolge der Autorität und des Prestiges Rußland, erzielt worden.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 385.**

Heute hat der hiesige österreichische Botschafter Poincaré mitgeteilt, daß das Wiener Kabinett einen territorialen Zugang Serbiens nach San Giovanni di Medua, selbst wenn dieser Hafen neutralisiert werden sollte, nicht zulassen könne. Er hat hinzugefügt, daß Osterreich auf alle Forderungen außergewöhnlicher kommerzieller Vorzüge für sich selbst verzichtet und bereit ist, Serbien eine Eisenbahnverbindung mit einem neutralen Hafen auf albanischem Territorium zuzugestehen, mit der Berechtigung, durch diesen Hafen in Friedenszeiten Waffen und Munition einzuführen.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 386.**

Ich beziehe mich auf mein Telegramm 376. Im Gespräche mit mir hat Tittoni seine Erklärungen Poincaré gegenüber



einigermaßen abgeschwächt. Er erklärt, daß Italien verpflichtet sei, Österreich nur in den genau umschriebenen Grenzen Albaniens zu unterstützen. Wenn daher Serbien auf der Besitzergreifung eines Teiles Albaniens besteht, so ist Italien verpflichtet, gemeinsam mit Österreich zu handeln und sogar zu einer gemeinsamen Besetzung Albaniens zu schreiten. Seiner Ansicht nach würde dies zu keinen ernstlichen Verwicklungen führen, da alle Mächte zugeben, daß die albanische Frage allgemeineuropäische und nicht serbische Bedeutung hat. Ich erwiderte Tittoni, daß Serbien trotz der beruhigenden Ratschläge Rußlands vielleicht einen Zusammenstoß mit Österreich in der albanischen Frage herbeiführen könne. Wenn Österreich dies mit einem Einfall in Serbien beantworten würde, so könne ein allgemeiner Krieg entstehen, im Laufe dessen, wie aus den von ihm Poincaré abgegebenen Erklärungen ersichtlich, Italien sich in der Reihe der bewaffneten Gegner Rußlands und Frankreichs befinden würde. Tittoni erwiderte, daß seiner persönlichen Meinung nach kriegerische Maßnahmen Österreichs gegen Serbien außerhalb Albaniens Italien nicht zu einer Unterstützung Österreichs verpflichten; er wolle jedoch San Giuliano hierüber befragen. Tittoni erklärt, Berchtold habe Italien die kategorische Zusicherung gegeben, daß er im jetzigen Zeitpunkt nicht beabsichtigt, irgendwelche Forderungen an Serbien zu stellen, daß Österreich auf alle ökonomischen Vorrechte für sich selbst verzichtet und mit einer doppelgleisigen Eisenbahnverbindung Serbiens mit Antivari und einem neutralen Hafen auf albanischem Territorium einverstanden ist; daß Österreich sich aber einem territorialen Ausgange Serbiens zur Adria widersetzen wird. Im allgemeinen habe ich aus meiner Unterredung mit Tittoni den Eindruck gewonnen, daß ein Mittel, einer weiteren Verschärfung des Konfliktes vorzubeugen, darin bestehen würde, daß Österreich und Italien Albanien zeitweilig gemeinsam besetzen und daß die endgültige Regelung der albanischen Frage hierauf in die Hände Europas gelegt wird, da Italien durchaus nicht ein beständiges Kondominium mit Österreich wünscht. Ich habe den Inhalt dieser Unterredung Poincaré mitgeteilt, welcher dieser Frage das größte Interesse entgegenbringt.



**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 388.**

Persönlich. Ich lenke Ihre besondere Aufmerksamkeit auf Tittonis Gedanken einer zeitweiligen österreichisch-italienischen Besetzung Albaniens. Ein solcher Plan könnte, wie mir scheint, weiter entwickelt werden und zu einer kollektiven Besetzung Albaniens durch die europäischen Staaten führen, wobei wir dem Beispiel Deutschlands in der kretischen Frage folgen und uns der Teilnahme an einer solchen Okkupation enthalten könnten, unsere Teilnahme an der endgültigen Regelung der albanischen Frage vorbehaltend. Auf diese Weise würde die albanische Frage sofort aus dem österreichisch-serbischen oder österreichisch-balkanischen Konflikt ausgeschaltet, und für Serbien wäre es leichter, sich vor Kollektivschritten Europas als vor einer alleinigen Einmischung Österreichs zu beugen.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 390.**

Der französische Botschafter telegraphiert aus Rom, San Giuliano halte sich zur Annahme berechtigt, daß Österreich von allen aktiven Maßnahmen gegen die Serben absehen wird, selbst wenn sie Durazzo besetzen.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 342.**

Obwohl Grey mich niemals gefragt hat, ob Sie Ihren Standpunkt hinsichtlich der serbischen Forderungen verändert haben, so wußte ich, daß die in Paris gehegten Zweifel auch bis zu ihm gedrungen waren, obwohl die Telegramme Buchanans das Gegenteil beweisen. Ich habe es deshalb für nötig gefunden, Grey Ihre Antwort an Iswolsky mitzuteilen. Er hat nur geantwortet, daß seiner Ansicht nach alle diese Mißverständnisse zum großen Teil infolge der Haltung und namentlich der Sprache, wenn nicht von Pasitch selbst, so doch der serbischen politischen Führer entstanden sind und daß diese Sprache in Wien Nervosität hervorrufen müsse.



**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 345.**

Grey hat Buchanan beauftragt, Ihnen seine Ansicht über die Veröffentlichung Pasitch's in der Times mitzuteilen und Ihre Zustimmung zu seiner beabsichtigten Erklärung in Belgrad zu erbitten. Grey ist von Lichnowsky und Mensdorff über diese Mitteilung befragt worden, und er hat sich darauf beschränkt, ihnen zu erklären, daß er diese Veröffentlichung unzeitgemäß und bedauerlich finde, da die Lösung dieser Frage von den Mächten abhängt. Er fügte mir gegenüber hinzu, er wolle mir nicht verheimlichen, daß diese Veröffentlichung der Form und dem Inhalt nach sehr verhängnisvoll sei und so sehr geeignet, den Dingen eine schlimme Wendung zu geben, daß er es für nötig halte, seine Ansicht in Belgrad deutlich zum Ausdruck zu bringen. Grey hat weiter nichts gesagt, aber er hofft augenscheinlich, daß Sie diesen Zwischenfall Ihrerseits nicht unbemerkt vorübergehen lassen werden.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 14./27. November 1912. — Nr. 2738.**

Ich habe Hartwig am 7./20. November sub Nr. 2659 folgendes telegraphiert: Die Regierung neigt immer mehr einer friedlichen Lösung der Frage des serbischen Zuganges zur Adria zu, da diese Frage in unsern Augen rein örtliche Bedeutung hat. Die jetzige Haltung Serbiens schließt jedoch einen friedlichen Ausgang aus. Unser Eindruck ist der, daß die Serben nicht ernstlich auf eine Unterstützung von seiten der Balkan-Alliierten rechnen können, da deren Kräfte durch den noch nicht beendeten Krieg erschöpft sind.

Infolgedessen ist Ihr Interview und die Erklärung Pasitch's eine Herausforderung, und sie können den Serben nur Schaden und uns eine weitere Unterstützung bei der allgemeinen Liquidation des Krieges nur erschweren. Ich bitte Sie, Pasitch unter Beobachtung der nötigen Vorsicht zu ernüchtern und Interviews zu vermeiden, welche zu ungerechtfertigten Kommentaren und Anschuldigungen gegen Ihre Tätigkeit führen, die angeblich nicht im Einklang mit unserer allgemeinen Politik steht.



**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. — Nr. 330.**

Da Kiderlen die Meinung geäußert hat, es sei zweckmäßig, daß die Mächte ohne Verzug erklären, welche Fragen sie bei Friedensschluß zur Diskussion gestellt sehen wollen, so hat sich zwischen der von Jules Cambon nach Paris übermittelten Version und dem hier von Lichnowsky gemachten Schritte ein Mißverständnis ergeben. Die Zahl der von Kiderlen erwähnten Punkte ist nicht dieselbe, noch ist ihr Inhalt der gleiche.

Aus diesem Grunde und auch um die Verhandlungen selbst möglichst zu beschleunigen, hat Poincaré bei Grey angefragt, ob es nicht nützlich wäre, den telegraphischen Meinungsaustausch durch eine Konferenz der Botschafter zu ersetzen, die bevollmächtigt wären, die von Kiderlen aufgeworfenen Fragen zu regeln. Grey hat geantwortet, daß er diesem Vorschlage zustimme und mit der Wahl von Paris einverstanden sei.

Grey zufolge müßten die Mächte sich die Lösung folgender Fragen vorbehalten: 1. Albanien, 2. Zugang Serbiens zur Adria, 3. die griechischen Inseln.

Jede der Mächte könnte diejenige Frage zur Sprache bringen, an der sie besonders interessiert sei.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 392.**

Poincaré teilt Ihre Ansicht. Der Gedanke einer Konferenz ist von Poincaré mehrere Male London, Berlin und Wien gegenüber erwähnt worden. Poincaré erinnert daran, daß er schon am 15. Oktober eine derartige Konferenz in Vorschlag gebracht hat. Dieser Vorschlag bestehe auch jetzt noch und mache daher eine neue Initiative unnötig. Da Deutschland und Österreich erklärt haben, daß sie sich an einer Konferenz nur beteiligen werden, wenn zwischen den Mächten ein Einvernehmen über die wichtigsten Punkte des Programms erzielt sein wird, glaubt Poincaré, daß die von Ihnen in Vorschlag gebrachten Beratungen der Botschafter das einzige praktische Mittel seien, um einer langen Verzögerung, die bei telegraphischen Verhandlungen zwischen den Kabinetten unvermeidlich ist, vorzu-



beugen. Andererseits fällt es Poincaré schwer, eine Initiative zu ergreifen, da diese Vorberatungen wahrscheinlich in Paris stattfinden werden. Er fragt daher, ob Sie es nicht für möglich halten, daß das Londoner Kabinett eine derartige Initiative ergreift, da Grey das Zustandekommen einer Konferenz für nützlich hält.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 393.**

Im Gespräch mit dem französischen Botschafter hat Riederlen die Meinung geäußert, daß nur die Großmächte an der Konferenz teilnehmen sollten. Poincaré hat Cambon beauftragt, Riederlen daran zu erinnern, daß in dem Vorschlage des 15. Oktober von der Teilnahme der Balkanstaaten und Rumäniens die Rede war und daß die französische Regierung auch heute auf diesem Standpunkte stehe. Poincaré glaubt, daß Ihr Vorschlag die Frage insofern vereinfacht, als an den Vorberatungen sich nur die sechs Botschafter der Großmächte beteiligen werden, während die Balkanstaaten unter gewissen Bedingungen an der Schlußkonferenz teilnehmen könnten. In London denkt man an die Ernennung von besonders bevollmächtigten Botschaftern, doch wäre dies Poincarés Ansicht zufolge nicht notwendig.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. November 1912. — Nr. 348.**

Grey gibt mir von einem Telegramm Buchanans Kenntnis, dem zufolge Sie auf Ihren Gedanken einer Alternative für den Zugang Serbiens zur Adria zurückzukommen scheinen. Grey glaubt nicht, daß Österreich das Projekt selbst eines neutralisierten Hafens, dessen Territorium serbisch wäre, annehmen werde. Grey zufolge würde eine solche Entscheidung den Erfolg der in Aussicht genommenen Konferenz in Frage stellen. Grey hält es für sehr wünschenswert, daß diese Frage auf Grund einer Initiative Rußlands in einer für Österreich annehmbaren Form gelöst wird. Grey gibt sich vollkommene Rechenschaft, wie schwer dies sein wird; andererseits erinnert er vertraulich an die Ereignisse des Jahres 1909, als die diplomatische Unter-



stüzung von seiten Rußlands und Englands Serbien keine Kompensationen für die Annexion Bosniens verschaffen konnte; heute hätte dagegen die moralische und diplomatische Unterstützung Rußlands die Annexion des Sandschaks durch Serbien ermöglicht. Grey folgert hieraus, daß Serbien heute nicht das Recht hätte, mehr von Rußland zu verlangen als Unterstützung, um die serbischen ökonomischen Interessen in der Adria unter für Österreich annehmbaren Bedingungen zu wahren. Grey hat mich gebeten, diese Unterredung als vertraulich zu betrachten. Ich fragte Grey, ob diese Erwägung eine Bedingung bedeute, unter der allein er eine Konferenz einberufen wolle. Grey hat geantwortet, daß es keine Bedingung sei, daß er aber eine derartige Regelung der Frage für sehr wünschenswert halte, da auf diese Weise vielleicht das Ergebnis der Konferenz im voraus bestimmt werde.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. November 1912. — Nr. 347.**

Grey wäre bereit, die Initiative zu ergreifen, will aber zuerst Kiderlen bitten, Berchtolds Ansicht einzuholen. Er hält dies für vorsichtiger, da er nicht weiß, ob Österreich annehmen wird, und da eine Absage oder selbst eine bedingte Annahme von seiten Österreichs den Erfolg der Konferenz in Frage stellen könnte. Grey wird Paris vorschlagen, glaubt jedoch, daß das Berliner Kabinett vielleicht eine ganz neutrale Hauptstadt, wie z. B. den Haag, vorziehen wird. Grey bleibt bei seiner Ansicht, daß diese Versammlung sich nur mit Fragen, die mit der Liquidation des Balkanrieges zusammenhängen, zu befassen haben wird. Er hat bereits mit den Botschaftern Italiens und Deutschlands gesprochen. Diesem letzteren gegenüber hat er eine wichtige Bemerkung gemacht: er hat ihm gesagt, daß wenn augenblicklich alle Mächte ernsthafte Anstrengungen machten, um den Frieden zu erhalten, England und Deutschland diejenigen Staaten seien, welche in Balkanfragen am wenigsten und deshalb an der Erhaltung des Friedens am meisten interessiert seien, denn wenn der Krieg ausbräche, so läge der wahre Grund so viel tiefer als die sekundären Ursachen, die den Krieg hervorrufen könnten, daß er keine ernsthafte Garantie erblicke,



daß England und Deutschland nicht auch alle beide in den Krieg hineingezogen werden würden.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. November 1912. — Nr. 349.**

Paul Cambon hat Grey mitgeteilt, Riederlen habe Jules Cambon erklärt, es wäre gut, wenn die Mächte ohne Verzug mitteilten, welche Punkte sie bei Friedensschluß erörtern zu sehen wünschten. Riederlen hat Jules Cambon gegenüber folgende Fragen erwähnt: Albanien, Konstantinopel — in dieser Frage sei Deutschland nicht sehr interessiert —, Adrianopel, Berg Athos, Kompensationen für Rumänien, Ägäische Inseln.

Gleichzeitig hat Lichnowsky einen ähnlichen, aber doch nicht ganz identischen Schritt gemacht. Was Albanien anbelangt, so erklärt die deutsche Regierung, daß sie die militärische Okkupation von Seiten Serbiens nicht als eine definitive politische Lösung betrachte. Was den Zugang Serbiens zur Adria betrifft, schlägt Deutschland eine Eisenbahn und einen Hafen vor, aber nicht auf serbischem Territorium. Konstantinopel, Adrianopel und Berg Athos werden nur als weitere Beispiele, die Ägäischen Inseln gar nicht erwähnt.

Grey findet, daß diese beiden Schritte nicht genügend übereinstimmen, und zieht daraus den Schluß, daß telegraphische Verhandlungen Mißverständnisse herbeiführen könnten. Diese Erwägung hat ihn zur Annahme des Poincaréschen Vorschlages geführt, eine Konferenz einzuberufen, auf der jede Macht die sie interessierenden Fragen angeben würde. Was ihn anbelangt, so schlägt Grey die drei in meinem Telegramm 330 erwähnten Punkte vor. Auf meine Frage hat er erklärt, daß noch andere Punkte dem Programm beigelegt werden könnten, wie z. B. die türkische öffentliche Schuld.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 16./29. November 1912. — Nr. 351.**

Nicolson hat mir gestern abend gesagt, daß die von Grey kürzlich Lichnowsky gemachte Mitteilung in einem Telegramm an den englischen Botschafter in Berlin wiederholt worden ist.



Die versöhnliche und freundschaftliche Form, die Grey dieser Mitteilung gegeben hat, ändert nichts an der Wichtigkeit dieser Warnung.

Ich muß jedoch hinzufügen, daß Grey mir gegenüber seinen Worten nicht den Sinn einer bestimmten Verpflichtung uns gegenüber gegeben hat. Ich glaube, Grey wollte vor allem verhindern, daß das Berliner Kabinett die Lage so beurteile, als ob es auf alle Fälle auf die Neutralität Englands rechnen könne. Ich hatte Grey darauf hingewiesen, wie gefährlich eine derartige Annahme in Berlin werden könne. Grey hat meiner Anregung Folge geleistet.

Obwohl meine Zuversicht bedeutend gestärkt worden ist, so bin ich doch überzeugt, daß die Umstände, die die Eröffnung der Feindseligkeiten begleiten würden, einen besonderen Einfluß auf den endgültigen Beschluß der englischen Regierung ausüben werden. Ich halte es für durchaus notwendig, daß an dem Tage, an dem Rußland zu den Waffen greifen würde, es für die öffentliche Meinung ganz klar sein müßte, daß Rußland nicht anders handeln kann und daß es im Interesse des Friedens zu allen andern Mitteln gegriffen hat — unter anderm auch in der heute so bedeutsamen Frage eines serbischen Zuganges zur Adria.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 17./30. November 1912. — Nr. 2762.**

Der hiesige englische Botschafter hat mir ein Memorandum überreicht, in dem im Auftrage Greys vorgeschlagen wird, Rußland solle im Laufe der Pariser Vorberatungen mit einer eigenen Initiative hervortreten und Serbien und Montenegro überreden, sich mit der Aufteilung des Sandschaks von Nowibasar zu begnügen und nicht auf einer territorialen Erwerbung an der Adria zu bestehen. Wir haben den Botschafter darauf hingewiesen, daß ein derartiges Vorgehen Rußlands eine entschiedene Ablehnung von seiten unserer öffentlichen Meinung finden und für Serbien eine ungünstige Lage schaffen würde, indem das Zugeständnis, zu dem Osterreich sich schon im Anfange des Krieges gezwungen sah, jetzt den Charakter eines neuen von uns erzielten Erfolges annehmen würde. Überhaupt kann man das



Jahr 1909 mit den jetzigen Ereignissen nicht vergleichen, denn sowohl die allgemeinen Bedingungen als auch das Verhältnis der gegenseitigen Interessen und Kräfte sind andere als früher. Wir tun alles mögliche, um die Serben zur Nachgiebigkeit zu bewegen, aber unsere Anstrengungen können nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn die Serben überzeugt sind, daß wir unsererseits alles tun, um auf friedlichem Wege ihre Interessen zu schützen, und daß unsere diesbezüglichen Bemühungen von Frankreich und England unterstützt werden. Anlässlich der in Aussicht genommenen Vorberatung in Paris ziehen wir es vor, keine Initiative zu ergreifen, sondern Berichtigungen in den von andern Mächten gemachten Vorschlägen anzubringen.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 18. November/1. Dezember 1912. — Nr. 355.**

Ihr Telegramm Nr. 2762 erhalten. Persönlich. Ihre Einwendungen gegen den Grey'schen Vorschlag sind durchaus berechtigt, und ich habe hier von ihnen bereits Gebrauch gemacht. Grey wird uns verstehen.

Ich bitte Sie aber, im Auge zu behalten, daß Grey vor allem an die Möglichkeit eines Krieges denkt. In dieser Hinsicht bitte ich Sie, zu beachten, daß es äußerst wichtig ist, daß der Vorwurf der Unnachgiebigkeit in der schwierigsten Frage auf der Konferenz ganz allein auf Österreich fällt. Dies zu erreichen, wird nicht leicht sein, und doch kann alles davon abhängen. Im kritischen Augenblicke wird Grey nur in dem Falle die öffentliche Meinung auf seiner Seite haben, wenn Rußland, soweit es seine Stellung zuläßt, alles getan haben wird, um den Frieden zu erhalten. Grey hält die Möglichkeit eines Hafens auf serbischem Territorium für ausgeschlossen. Es widersteht ihm, dieser Forderung in einer in England nicht populären Weise seine Unterstützung zuteil werden zu lassen. Anders steht er der Lösung der Frage eines Hafens auf albanischem Territorium gegenüber: er ist vollkommen bereit, uns seine diplomatische Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Ich halte es nicht für nötig, alle speziellen Punkte aufzuzählen, die wir der Konferenz unterbreiten möchten, indem wir uns darauf beschränken, die von andern Mächten aufge-



worfenen Fragen zu prüfen. Immerhin glaube ich, daß, wenn wir unseren endgültigen Entschluß in der wichtigsten Frage im dunkeln lassen, sich hieraus für den englischen und vielleicht auch französischen Vertreter eine unklare und unbestimmte Haltung ergeben wird, während die Vertreter des Dreibundes solidarisch sein werden. Ich höre hier, daß man befürchtet, daß Sie in dieser Hinsicht Ihre ursprüngliche Ansicht geändert haben. Ohne den serbischen Interessen oder dem Frieden zu dienen, könnte dies die eigenen Interessen Rußlands später ernstlich gefährden.

Greys Vergleich der jetzigen Lage mit dem Jahre 1909 soll nichts anderes als ein Argument sein, welches man in Belgrad benutzen könnte, wie auch der öffentlichen Meinung Rußlands und Englands gegenüber. Dies Argument ist folgendes: wenn Rußland nicht seine jetzige Haltung eingenommen und keine Sympathien für die slawische Sache bekundet hätte, wäre der Sieg der Alliierten nicht möglich gewesen. Dies ist übrigens ganz richtig.

Es scheint mir nicht erwiesen, daß Österreich einer Konferenz zustimmen wird, wenn diese Frage nicht genügend geklärt ist. Wenn aus diesem Grunde eine österreichische Weigerung erfolgen sollte, so würde dies für uns unvorteilhafte Folgen nach sich ziehen. Auf alle Fälle scheint es mir nötig, wenigstens in Frankreich und England unsere äußersten Zugeständnisse bekanntzugeben. Ich sehe kein anderes Mittel, um die Haltung dieser beiden Mächte zu beeinflussen. Im entgegengesetzten Falle könnte die Konferenz statt eines Ausweges nur eine Gefahr für unsere eigenen Interessen bedeuten.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 21. November/4. Dezember 1912. — Nr. 2781.**

Wir haben im Prinzip keine Einwendungen dagegen, London statt Paris für die in Aussicht genommenen Vorberatungen zu wählen. Wir erfahren jedoch, Grey wäre der Wahl Londons nicht günstig gestimmt, da er das Französische nicht genügend beherrscht. Andererseits fürchten wir, daß die Eigenliebe Poincarés verletzt würde, was ungünstig auf den Grad der Unterstützung zurückwirken könnte, welche wir während der Verhandlungen von unseren Bundesgenossen erwarten.



Ich bitte Sie, sich mit Grey hierüber auszusprechen, und wenn Sie bemerken, daß er persönlich Paris vorzieht, bitten Sie ihn, auf der Wahl von Paris zu bestehen, da andernfalls das Zustandekommen der Vorberatungen in Frage gestellt werden könnte.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 21. November/4. Dezember 1912. — Nr. 2791.**

Ich beziehe mich auf mein Telegramm 2781. Persönlich. Die Österreicher fürchten augenscheinlich Iswolsky, und Riederlen hat kein besonderes Vertrauen zu Schön. Diese Erwägungen persönlichen Charakters werden unserer Ansicht nach durch den Umstand aufgewogen, daß die Initiative der Teilnehmer an den Vorberatungen durch genaue Instruktionen ihrer Regierungen bestimmt werden wird.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 21. November/4. Dezember 1912. — Nr. 412.**

Persönlich. Im Gespräche mit mir hat Poincaré erklärt, der Wunsch der Österreicher, die Vorberatungen der Botschafter sollten in London stattfinden, sei ihm persönlich gegenüber nicht sehr liebenswürdig. Er gab aber gleichzeitig zu verstehen, daß er die Wahl Londons nicht bedauern würde, da das Resultat der Beratungen im besten Fall „Stückwerk“ sein würde. Meinerseits muß ich erklären, daß das tiefe Mißtrauen und der Mangel an Wohlwollen zu mir von seiten Berlins und Wiens, im Falle meiner Teilnahme an der Konferenz, ein für uns ungünstiger Faktor wäre. In London werden der farblose Mensdorff und Richnowsky, der noch nicht Zeit gehabt hat, sich eine Stellung zu schaffen, natürlich nicht gegen den Einfluß Wendendorffs und Cambons aufkommen können. Es scheint mir daher, daß es uns keinen besonderen Vorteil bieten würde, auf der Wahl von Paris zu bestehen.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. November/5. Dezember 1912. — Nr. 365.**

Ihr Telegramm 2781 erhalten. Ich werde Grey erst morgen sprechen können. Das Londoner Kabinett hat noch keinerlei



Antwort hinsichtlich der Botschafterkonferenz erhalten. Riberlen hat Goschen geantwortet, daß er dem Vorschlage sympathisch gegenüberstehe und die Ansicht des Wiener Kabinettes einholen werde. Berchtold hat nur gesagt, er werde den Vorschlag prüfen und seine Antwort durch die Vermittlung von Mensdorff geben. Letzterer gibt als persönliche Ansicht zu verstehen, daß Berchtold einige Bedingungen stellen wird. Riberlen und Berchtold haben London als Sitz einer eventuellen Konferenz bezeichnet. Sie haben ganz recht, was Sie über Greys Haltung sagen. Er würde London sehr ungern annehmen und nur, wenn sich kein anderer Ausweg finden ließe. Ganz wie Sie will er Poincaré auf keinen Fall verletzen; aus diesem Grunde zieht er Paris vor. Er kennt die Schwierigkeiten; er wird aber allen Ihren Erwägungen Rechnung tragen.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. November/5. Dezember 1912. — Nr. 366.**

Ihr Telegramm 2791 erhalten. Persönlich. Wie man mir sagt, nehmen Dichtnowsky und Mensdorff sehr energisch Stellung gegen Paris, und zwar aus demselben Grunde, wobei man auch noch Tittoni nennen muß. Der italienische Botschafter Imperiali teilt diese Ansicht, aber ich glaube aus persönlichen Gründen.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 368.**

Der österreichische Botschafter hat heute morgen Grey eine mündliche Antwort bezüglich der Konferenz gegeben. Sie enthält die Zustimmung der österreichischen Regierung zu einer Botschafterkonferenz, bezeichnet London als Versammlungsort und stellt eine Bedingung hinsichtlich eines serbischen Hafens. Da Mensdorff sagt, daß ein ähnlicher Schritt in Petersburg und Paris erfolgt ist, glaube ich auf diese Bedingung nicht weiter eingehen zu brauchen. Grey wünscht Ihre Ansicht möglichst bald zu erhalten. Er hat Mensdorff nur in allgemeinen Ausdrücken geantwortet.



**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 369.**

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 368. Nicolson hat mir anvertraut, Grey habe Mensdorff geantwortet, es wäre seiner Ansicht nach besser gewesen, wenn die Frage eines serbischen Hafens an der Adria den Gegenstand der Instruktionen des österreichischen Vertreters auf der Konferenz gebildet hätte, statt wie jetzt eine besondere Bedingung darzustellen, unter der Österreich an der Konferenz teilnehmen wird.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. November/8. Dezember 1912. — Nr. 2829.**

Der österreichische Botschafter hat mir von der Zustimmung seiner Regierung zu der Botschafterkonferenz in London Mitteilung gemacht und hinzugefügt, daß in der albanischen Frage das italienisch-österreichische Abkommen zum Ausgangspunkte der Beratungen gemacht werden sollte. Ich habe entgegnet, daß das geheime italienisch-österreichische Abkommen nur für die beiden vertragsschließenden Mächte Bedeutung habe und die völlige Freiheit der übrigen Mächte in keiner Weise binden könne. Hinsichtlich eines serbischen Hafens hat der Botschafter keinerlei einschränkende Bedingungen gestellt.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 26. November/9. Dezember 1912. — Nr. 2836.**

Wir halten es für äußerst wünschenswert, daß die Frage der Botschafterkonferenz möglichst bald einer Lösung zugeführt wird. Dies würde die jetzige Lage entspannen, welche für den europäischen Frieden eine große Gefahr bedeutet. Wenn es daher Grey schwerfallen sollte, Österreich und Deutschland zu veranlassen, ihren Standpunkt aufzugeben, so halten wir es unsererseits nicht für richtig, auf der Wahl von Paris zu bestehen. In diesem Sinne habe ich mich dem französischen Botschafter gegenüber geäußert und hinzugefügt, daß wir lebhaft bedauern, daß die Konferenz nicht in Paris stattfinden wird, daß ich aber andererseits überzeugt sei, daß Poincaré unsere Ansicht teilen und die Notwendigkeit eines möglichst baldigen Zusammentrittes



der Konferenz einsehen wird. Auf die Frage des Botschafters, wie ich mir erkläre, daß London vorgezogen wird, antwortete ich, daß ich hierin nicht so sehr den Widerstand Österreichs erblicke, als einen Versuch Deutschlands, sich England zu nähern, in der Hoffnung, letzteres von dem befreundeten Rußland und Frankreich zu trennen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 26. November/9. Dezember 1912. — Nr. 2838.

Von der Meinung ausgehend, daß die Botschafterkonferenz einen vorbereitenden Meinungsaustausch der Großmächte hinsichtlich der Liquidierung des Krieges bedeutet, sind wir der Ansicht, daß der Vertreter Rumäniens, wie Berlin vorschlägt, nur in den Fällen zugelassen werden kann, wenn die zur Beratung stehenden Fragen die Interessen Rumäniens direkt berühren. Der Vertreter Rumäniens kann in allen diesen Fällen auf einstimmigen Beschluß der Botschafter zur Abgabe von Erklärungen und Darlegung seiner Wünsche aufgefordert, aber nicht zur Teilnahme an der allgemeinen Beratung zugelassen werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 26. November/9. Dezember 1912. — Nr. 2837.

Wir halten es für notwendig, unverzüglich in einen Meinungsaustausch mit Paris und London einzutreten, um ein möglichst volles Einvernehmen mit ihnen über die auf der Botschafterkonferenz zu erörternden Fragen zu erzielen. Die allerwichtigsten Fragen sind Albanien und der Zugang Serbiens zur Adria.

Wie Ihnen bekannt, besteht unser Hauptziel darin, die politische und ökonomische Emanzipation Serbiens zu gewährleisten. Gleichzeitig streben wir danach, dieser Frage den ihr irrtümlich zugeschriebenen Charakter eines österreichisch-serbischen oder sogar österreichisch-russischen Gegensatzes zu nehmen.

Der beste Ausweg aus dieser Schwierigkeit würde unserer Ansicht nach darin bestehen, daß zuallererst über die Organisation Albaniens beraten wird, wobei die Grenzen dieses Staates erst später festzusetzen wären. Albanien sollte unserer Ansicht



nach eine autonome Provinz unter der Souveränität des Sultans bilden, wobei die Türkei das Recht hätte, eine bestimmte Truppenanzahl daselbst zu unterhalten. Nähere Erwägungen erhalten Sie mit der Post.

Das allgemeine Prinzip, das wir angenommen zu sehen wünschen, besteht darin, daß Albanien und seine Küsten neutralisiert werden in dem Sinne, daß keine andere Macht das Recht hätte, sich daselbst einen besonderen Einfluß zu verschaffen. Serbien muß das Recht haben, eine direkte und zollfreie Verbindung durch Albanien mit dem Meere zu besitzen, und zwar auf allen den Eisenbahnen, die Serbien mit den albanischen Häfen verbinden werden. Auch die militärischen Güter Serbiens müssen diese Freiheit genießen. Die Verbindung der serbischen Eisenbahnen mit den albanischen Häfen, welche von einem internationalen Syndikat erstellt werden kann, muß alle Garantien der Sicherheit und Unge störtheit des Verkehrs durch Albanien gewährleisten. Wir sind der Ansicht, daß die Verhandlungen über die Grenzen Albaniens von der Bereitschaft Österreichs abhängig gemacht werden müssen, die berechtigten Interessen Serbiens zu erfüllen. Unserer Ansicht nach würden die Grenzen dieses Gebietes im Norden durch eine Linie vom Adriatischen Meere den Fluß Drin entlang bis zu seiner Mündung mit dem Weißen Drin gebildet werden, im Osten von diesem Punkt den Drin entlang bis zum See von Ohrida und weiter am Westufer dieses Sees direkt nach Süden, etwas östlicher als Dniža, von wo aus die südliche Grenze in gerader Linie nach Delwinjo zum Meere führen würde. Sie werden aus dem Laufe der Verhandlungen und im Einvernehmen mit den Vertretern Frankreichs und Englands ersehen, ob es nicht zweckmäßig ist, Österreich die Initiative bei der Abgrenzung Albaniens zu überlassen und unsere Berichtigungen anlässlich der österreichischen Vorschläge vorzubringen. Ich bitte Sie, sich hierüber mit Grew zu beraten, um eine gemeinsame Handlungsweise zu erzielen.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 27. November/10. Dezember 1912. — Nr. 2845.**

Identisch nach Paris. Ich telegraphiere an unsern Gesandten in Belgrad: Der serbische Gesandte hat mir im Auf-



trage seiner Regierung mitgeteilt, man müsse befürchten, Osterreich werde im Laufe einer Woche einen entscheidenden Schritt tun, um Serbien zu zwingen, auf einen adriatischen Hafen zu verzichten. Die militärischen Maßnahmen Osterreichs sind, wie das Belgrader Kabinett glaubt, hierauf zurückzuführen. Auch wünsche Osterreich einen Vorwand zur Einmischung zu haben, um die Grenzen der territorialen Neuerwerbungen Serbiens so weit als möglich nach Osten zurückzudrängen und um Pritzrend Albanien einzuverleiben. Der Gesandte behauptet, Osterreich beabsichtige die ökonomische und politische Unterwerfung Serbiens. Die Erklärungen des serbischen Gesandten in Verbindung mit der unzweifelhaft ernstesten allgemeinen politischen Lage veranlassen uns, die Politik, welche wir auch in Zukunft zu verfolgen gedenken, deutlich zu präzisieren.

Alle Mächte, Osterreich inbegriffen, haben beschlossen, die sich aus dem Kriege ergebenden Fragen gemeinsam zu prüfen. In Belgrad ist unser Standpunkt hinsichtlich der Serbien interessierenden Fragen bekannt. Wir sind bereit, die politische und ökonomische Emanzipation Serbiens zu unterstützen, ebenso seinen Zugang zum Adriatischen Meer durch albanisches Territorium, wobei ihm reale Garantien für die freie Durchfuhr militärischer und kaufmännischer Güter gegeben werden müssen; ebenso sind wir bereit, darauf zu bestehen, daß die Grenze Albanien so weit wie möglich nach Westen verlegt wird; aber wir sind der Ansicht, daß es nicht möglich ist, für Serbien souveräne Rechte auf einen Teil der adriatischen Küste zu erlangen. Wir haben einem Meinungsaustausch der Botschafter zugestimmt mit dem Wunsche, Serbien in dem soeben geschilderten Umfange alle mögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Im Interesse Serbiens teilen wir dem Wiener Kabinett unser Programm nicht mit, sondern erklären nur, daß die unserem Vertreter erteilten Instruktionen versöhnlich seien und die Interessen Osterreichs berücksichtigen.

Wir müssen aber die Gewißheit haben, daß Serbien sich einem Beschlusse, der gemeinsam von Rußland, Frankreich und England getroffen werden wird, unterwerfen will, denn im entgegengesetzten Falle kann Serbien nicht auf unsere Unterstützung zählen, da weder Frankreich noch England es in dieser



Frage unterstützen werden. Weder wir noch die uns befreundeten Mächte können zulassen, daß die Entscheidung bezüglich eines europäischen Krieges der serbischen Regierung überlassen bleibt. Wir glauben daher, daß das beste Mittel, Verwicklungen zu vermeiden, eine möglichst baldige Erklärung von Seiten Serbiens wäre — diese Erklärung könnte z. B. dem englischen Vertreter in Belgrad gemacht werden —, daß Serbien sich in der Frage des Zuganges zum Adriatischen Meere der Entscheidung und den Ratschlägen der Ententemächte unterwerfen wird. Auf diese Weise würde Serbien der Gefahr eines österreichischen Ultimatus vorbeugen.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 27. November/10. Dezember 1912. — Nr. 429.**

Ihr Telegramm 2838 erhalten. Poincaré ist nach wie vor der Ansicht, daß kein Grund vorliegt, den Vertreter Rumäniens, selbst unter den von Ihnen bezeichneten Bedingungen, zu den Beratungen der Botschafter zuzulassen, da die Vertreter der übrigen Balkanstaaten sich nicht beteiligen werden. Dies um so mehr, als seinen Informationen zufolge Rumänien diese Gelegenheit benutzen wird, um den österreichischen Standpunkt in der albanischen Frage aufs energischste zu unterstützen. Ihnen ist bekannt, daß Grey Osterreich und Deutschland in diesem Sinne geantwortet hat.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 27. November/10. Dezember 1912. — Nr. 431.**

Ihr Telegramm 2837 erhalten. Poincaré ist im allgemeinen mit Ihnen einverstanden, möchte jedoch folgendes hervorheben: Albanien unter der direkten Souveränität des Sultans ohne Kontrolle von Seiten der Mächte zu lassen, ist seiner Ansicht nach unvorteilhaft. Poincaré zieht entweder die völlige Unabhängigkeit Albaniens vor oder suzeräne Rechte des Sultans wie in Agypten. Besondere Bedeutung legt er aber einer allgemeinen europäischen Kontrolle bei, da im entgegengesetzten Falle Albanien unvermeidlich unter den Einfluß Osterreichs fallen würde. Er ist mit Ihrem Gedanken einer Neutralisierung Albaniens und seiner Küsten einverstanden, glaubt aber, man müsse noch



ganz besonders auf der Neutralisierung der Eisenbahnlinien zwischen Serbien und den albanischen Häfen bestehen. Was die Grenzen Albaniens anbelangt, so will er sie möglichst eingeeengt sehen und glaubt, daß die von Ihnen vorgeschlagene Linie ungefähr mit der von Italien zugelassenen Grenze übereinstimmt. Poincaré wird sich noch näher äußern, sobald er die von Ihnen versprochenen Einzelheiten erhalten haben wird.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. November/11. Dezember 1912. — Nr. 384.**

Ihr Telegramm 2837 erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt und hinzugefügt, ich sei überzeugt, daß auf dieser Grundlage nicht bloß die drei Ententemächte sich gegenseitig unterstützen könnten, sondern daß auf derselben auch ein Einvernehmen aller Mächte erzielt werden müßte. Grey sagte mir, er müsse sich über die geographischen Grenzen Albaniens auf einer Karte Rechenschaft geben, finde aber auf alle Fälle unsere Vorschläge „ausgezeichnet“. Er sagte mir, daß, wenn wir uns auf dieser Grundlage mit Osterreich nicht einigen könnten, dieses seinen bisherigen Standpunkt geändert haben müsse; Ihre Vorschläge zögen die österreichischen Bedingungen in Erwägung und enthielten sogar teilweise die österreichischen Wünsche. Hinsichtlich der Ausschaltung des vorherrschenden Einflusses einer einzelnen Macht in Albanien sagte mir Grey vertraulich, er habe Grund zur Annahme, daß Italien diese Ansicht teile. Grey sagte mir ferner, daß er mehr denn je glaube, daß die Organisation Albaniens zuallererst von der Botschafterkonferenz beraten werden müsse, und daß, wenn einmal dieses Problem sowie der serbische Zugang zur Adria gelöst worden wäre, man das erreichte Resultat vielleicht veröffentlichen könne. Er glaubt, daß hierdurch eine allgemeine Entspannung erzielt werden würde und daß dann über die andern Fragen in aller Ruhe beraten werden könnte.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. November/12. Dezember 1912. — Nr. 387.**

Ich erfahre von Cambon, daß Grey Mensdorff und Imperiali gesagt hat, er sei gegen die direkte Zulassung des ru-



mänischen Vertreters zur Botschafterkonferenz. Man ist allgemein der Ansicht, es wäre unmöglich, eine derartige Begünstigung Rumäniens zuzulassen, ohne auch Bulgarien desselben Vorteils teilhaftig werden zu lassen, was den ganzen Charakter der Konferenz verändern würde.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. Dezember 1912. — Nr. 393.**

Grey nimmt Ihren Vorschlag hinsichtlich Rumäniens an, doch ist er der Ansicht, daß die Botschafter sich nur dann mit dieser Frage zu befassen hätten, wenn ein direktes Einvernehmen zwischen Rumänien und Bulgarien unmöglich ist. Grey hat die Kabinette benachrichtigt, daß er seinen ursprünglichen Standpunkt geändert habe.